

Stadt als Standort stärken

Politiker beraten, mit welchen Maßnahmen Kellinghusen entwickelt wird

Joachim Möller **KELLINGHUSEN** Es gibt viel zu tun. Nur: Was soll in Kellinghusen zuerst angepackt werden? Umbau des Bürgerhauses zum Haus der Begegnungen, Umgestaltung der westlichen Hauptstraße und des Oberen Markts, Umgestaltung des zentralen Bereichs der Lindenstraße oder Neugestaltung des Unteren Markts? Diese Fragen wollen die Kellinghusener Stadtpolitiker noch in diesem Jahr beantworten.

Ins Programm der Städtebauförderung „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ war die Stadt vor rund zwei Jahren erstmals aufgenommen worden, eine Millionen Euro wurden für die Jahre darauf zur Attraktivitätssteigerung zur Verfügung gestellt. Daraufhin haben Planer den Innenstadtbereich unter die Lupe genommen und ein so genanntes integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept erstellt. Darin haben die Experten der Firmen Complan Kommunalberatung (Bauprojekte) und Urbanus (Verkehrskonzept) alle möglichen Vorhaben aufgelistet, die die Innenstadt attraktiver machen könnten. Ziele seien, den Wohnstandort zu stärken und familiengerecht zu gestalten, die Lebensqualität durch verbesserte Nutzungs- und Funktionsangebote zu fördern sowie Räume zu verbinden, so Claudia Mucha (Complan). Jetzt stellte sie in einer gemeinsamen Sitzung von Kultur- und Wirtschaftsausschuss sowie Bauausschuss einen Maßnahmenkatalog mit 36 Vorhaben und Projekten vor, die im Rahmen der Städtebauförderung bezuschusst werden könnten. Klar war jedoch: Nicht alles wird umgesetzt: „Wir reden jetzt über viele Maßnahmen, vielleicht bleiben am Ende nur zehn übrig“, so Claudia Mucha. Als erstes soll ein genaues Sanierungsgebiet abgegrenzt werden, in dem dann einige der aufgelisteten Vorhaben umgesetzt werden sollen. Der Bereich an der Stör wird eher nicht dazugehören, da hier noch Maßnahmen des Hochwasserschutzes auf die Stadt zukommen werden. „Eine Realisierung von Projekten im Rahmen der Städtebauförderung ist dort in den nächsten zehn Jahren deshalb nicht realistisch“, betonte der Bauausschussvorsitzende Uwe Zebedies (CDU).

Die Fraktionen wollen jetzt eine Prioritätenliste erstellen. Gleichzeitig soll geprüft werden, welche Art von Fördergebiet ausgewiesen werden soll. Heyo Buurmann (Grüne) machte darauf aufmerksam, dass das umfassende Sanierungsverfahren für Bürger, die im entsprechenden Gebiet wohnten „nur Nachteile“ habe. Für zahlreiche Veränderungen (Vermietung, Nutzungsänderung, bauliche Maßnahmen) bräuchten die Besitzer die Unterschrift der Stadt. Und am Ende des Prozesses müssten sie aufgrund der erfolgten Wertsteigerung einen Ausgleichsbetrag zahlen. „Deshalb müssen auch andere Möglichkeiten geprüft werden.“
